

# GERECHTE ENERGIEWENDE- PARTNERSCHAFTEN:

 UNION  
OF  
JUSTICE



**MARKTEROBERUNG  
*DER*  
KLIMAGERECHTIGKEIT?**

## Mit der ersten Partnerschaft zwischen Südafrika und der International Partners Group (IPG), einer sich abwechselnden Gruppe von Geldgebern aus Industrieländern wie den USA, dem Vereinigten Königreich, der Europäischen Union und anderen, wurden die Just Energy

Transition Partnerships (JETPs) auf der COP26 im Jahr 2021 ins Leben gerufen. In der Folge wurden 2022 zwei weitere Partnerschaften mit Indonesien und Vietnam auf dem G20-Gipfel bzw. der COP27 unterzeichnet, während mit dem Senegal auf dem Pariser Gipfel 2023 eine kleinere Partnerschaft für einen Neuen Globalen Finanzierungspakt vereinbart wurde.

Mit ihrer bedeutenden Präsenz auf den wichtigsten internationalen Klima- und Finanzkonferenzen wurden die Partnerschaften von IPG-Mitgliedern als neues Vorbild für klimaorientierte Entwicklungsprojekte im globalen Süden propagiert, wobei der Schwerpunkt auf der Verfolgung eines arbeitnehmerorientierten "gerechten Übergangs" bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen liegt.

Ungeachtet ihrer Eigenwerbung haben sich die JETPs in den Gastgeberländern als umstritten erwiesen, insbesondere der erste Gastgeber Südafrika wurde von politischen Spannungen erschüttert, die drohten, die Partnerschaft zu zerschlagen. Hauptkritikpunkte waren das Festhalten der JETPs an der neoliberalen Orthodoxie - unter anderem die Tatsache, dass sie vorrangig über Darlehen und nicht über Zuschüsse finanziert werden, dass öffentlich-private Partnerschaften von westlichen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen

durchgeführt werden und dass Bedingungen gestellt werden, die von den Gastländern die Liberalisierung und Privatisierung von Teilen ihres Energiesektors verlangen.

Die eindeutigen Privatisierungsbestrebungen im Rahmen der JETPs wurden von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Südafrika als Untergrabung der Energieversorgungssicherheit und der Souveränität des Staates sowie als Bedrohung der Existenzgrundlage der Arbeitnehmer im Kohlerevier verurteilt, da ihre Zukunft im Rahmen der Partnerschaften ungewiss ist - diese Kritik findet jedoch in der europäischen Berichterstattung kaum Beachtung.

In dem Bericht **Gerechte Energiewende-Partnerschaften: Markteroberung der Klimagerechtigkeit?** schildern wir die Einzelheiten und Debatten in Südafrika über die JETP. Das sich abzeichnende Bild der JETPs entspricht dem allgemeinen Trend, wonach die internationale Klimapolitik in zunehmendem Maße von Marktinteressen und der internationalen Finanzwelt vereinnahmt wird. Dies dient als Beispiel des neuen "Wall Street Consensus"-Paradigmas<sup>1</sup> der "Entwicklung als Risikominderung", wonach die Rolle des Staates in der Entwicklung auf die Rolle eines Vertreters der Garantie, des Schutzes und der Belastung des Risikos von Finanzinvestitionen reduziert wird.

Aus diesem Grund können die JETPs ein explizites Gegengewicht zu radikaleren Klimagerechtigkeitsmodellen bilden, die den Schwerpunkt auf eine stärker intervenierende Rolle des Staates legen und zugleich eine erneute Unterordnung der Länder des globalen Südens unter die Finanz- und Geschäftsinteressen des globalen Nordens bewirken. Basierend auf den Grundsätzen von **A More Just Deal for the Global South, A Democratic Transition** und **Defending Energy Sovereignty and Energy Security** legen wir einen alternativen Entwurf von neun Kernprinzipien für ein gerechteres Klimaentwicklungsmodell vor, in dessen Mittelpunkt gerechte Energieübergänge stehen, und fordern die Europäische Zivilgesellschaft und Arbeitnehmerorganisationen auf, diese zu unterstützen und zu organisieren

# Was sind die Just Energy Transition Partnerships (JETPs)?

→ Bei den Just Energy Transition Partnerships (JETPs) handelt es sich um ein klimazentriertes Entwicklungskonzept in Form von Finanzierungspaketen, die im Einklang mit den Zielen des "gerechten Übergangs" an die Umstellung auf fossile Brennstoffe gebunden sind.

Diese Partnerschaften sind zwischen Ländern des globalen Südens - bisher u. a. Südafrika, Vietnam, Indonesien und Senegal - und der "International Partners Group" (IPG), einer rotierenden Gruppe von Industrieländern - einschließlich der USA, des Vereinigten Königreichs, der EU, Kanadas, Frankreichs, Japans und/oder anderer - geschlossen worden, die sich verpflichtet haben, die Finanzierung der JETPs sicherzustellen.

→ Auf der COP26-Tagung in Glasgow im Jahr 2021, auf welcher Südafrika sein vorläufiges "Politisches Abkommen" mit der IPG unterzeichnete, erfolgte auf der COP27 die Unterzeichnung des "Just Energy Transition Investment Plan" (JET-IP), in dem die Umsetzungsstrategie<sup>2</sup> festgelegt wurde.

Während Vietnam und Indonesien auf der COP27 bzw. dem G20-Gipfel unterzeichneten, trat Senegal auf dem Pariser Gipfel 2023 dem Neuen Globalen Finanzierungspakt bei.

Als künftige Gastgeber werden Indien und Nigeria gehandelt, obwohl die indische Regierung Widerstand gegen die Bedingungen der JETP signalisiert hat.

→ Die Finanzierungsvorschläge der IPG bestehen in erster Linie aus Krediten und einer Mischung aus Zuschüssen, Garantien und technischer Hilfe, die über die staatlichen Kreditinstitute, Entwicklungsfinanzierungsinstitute (DFI) und andere Einrichtungen bereitgestellt werden.

Bei den JETPs handelt es sich um eine Startfinanzierung, bei der die öffentliche

Erstfinanzierung als Katalysator fungieren soll, um private Kapitalinvestitionen für die Energiewende anzuziehen.

Es wird erwartet, dass im Falle der JETPs in Indonesien und Vietnam diese Investitionen des Privatsektors durch die Arbeitsgruppe der Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) erleichtert werden, einem Dachverband aus 500 Banken, Vermögensverwaltern, Finanzdienstleistern und anderen Finanzinstituten, die sich zur Unterstützung von "Netto-Null-Zielen" verpflichtet haben.

→ Das JETP-Angebot Südafrikas belief sich auf 8,5 Mrd. USD über einen Zeitraum von 3-5 Jahren;

Das Angebot Vietnams belief sich auf 15,5 Mrd. USD (7,75 Mrd. USD an öffentlichen Mitteln aus der IPG und 7,75 Mrd. USD an privaten Mitteln, die von der GFANZ-Arbeitsgruppe mobilisiert wurden).<sup>3</sup>

Das Angebot Indonesiens belief sich auf 20 Mrd. USD (10 Mrd. USD aus der IPG und 10 Mrd. USD über die GFANZ-Arbeitsgruppe).<sup>4</sup>

Das Angebot Senegals belief sich auf 2,5 Mrd. € (rund 2,7 Mrd.).<sup>5</sup>

→ Nachdem die politischen JETP-Vereinbarungen unterzeichnet wurden, wird von den Gastländern erwartet, dass sie gemeinsam mit den IPG-Partnern und dem JETP-Sekretariat Konsultationen mit nationalen Akteuren wie der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor durchführen, um ihren Umsetzungs- und Finanzierungsplan zu entwickeln. Es kam zu Kontroversen über den Umfang und die Offenheit dieser Konsultationsprozesse, insbesondere im Falle des südafrikanischen Investitionsplans.

# Südafrikas Partnerschaft für eine gerechte Energiewende

→ Für das Jahr 2021 hat die IPG 8,5 Mrd. USD für Südafrikas JETP zugesagt. Diverse andere Länder leisteten Beiträge zur Aufstockung des Pakets oder zur indirekten Unterstützung der Umsetzung oder der allgemeinen Ziele der Partnerschaft.

Eine vollständige Auflistung ist in **Übersicht A** zu finden.

**In dem südafrikanischen JET-IP werden die drei Schwerpunktbereiche des JETP beschrieben:**

## Reformen im Elektrizitätssektor

→ Ausstieg aus der Nutzung von Kohlekraftwerken, die den größten Teil des südafrikanischen Stroms liefern, sowie Stilllegung und Wiederverwendung von Kohlekraftwerken.

Dies beinhaltet auch das Vorantreiben von Plänen zur Aufteilung - oder "Entflechtung" - von Eskom, Südafrikas staatlichem Energieversorger, in separate Einheiten und die Ermöglichung einer weitaus größeren Rolle für unabhängige Stromerzeuger (IPP) bei der Stromerzeugung.

## Elektrische Fahrzeuge

→ Schaffung des südafrikanischen Sektors für Elektrofahrzeuge, einschließlich der Herstellung und der Förderung einer stärkeren Nutzung im Inland.

## Grüner Wasserstoff

→ Die Europäische Union investiert in Südafrika, um ein wichtiger Exporteur von "grünem Wasserstoff" (GH2) zu werden, einer neuen Technologie, bei der Wasser durch die Nutzung erneuerbarer Energien in Wasserstoff aufgespalten wird.

In ihren Plänen<sup>6</sup> zur Dekarbonisierung hat die Europäische Union den Ausbau von GH2 in den Mittelpunkt gestellt und afrikanische Länder als künftige Hauptproduzenten identifiziert.

→ 90 % (7,65 Mrd. USD) des Finanzierungspakets der IPG sind für die Reformen des Elektrizitätssektors im Rahmen des JETP bestimmt, die überwiegend die Elektrizitätsinfrastruktur betreffen, während die Finanzierungsmittel für die vorrangigen Bereiche des "Just Transition" minimal sind.

Von den Mitteln des IPG wurden lediglich 12 Mio. USD (0,14 %) für die Entwicklung von Fachkräften, 16 Mio. USD (0,19 %) für den sozialen Bereich und 22 Mio. USD (0,26 %) für die wirtschaftliche Diversifizierung und Innovation bereitgestellt. Gemäß dem Plan ist Südafrika bestrebt, künftige Zuschüsse und/oder private Mittel für diese Ziele zu erhalten.

→ Zudem beziffert die südafrikanische Regierung die Gesamtkosten einer gerechten Energiewende auf 1,48 Billionen Rand (98,7 Milliarden Dollar), was die von IPG zugesagten 8,5 Milliarden Dollar in den Schatten stellt.

→ Aus dem Investitionsplan ging klar hervor, dass Südafrika um private Finanzmittel werben würde, um die Zielsetzungen des JETP, einschließlich der Ziele des gerechten Übergangs, zu verwirklichen, und dies durch politische und gesetzliche Änderungen erreichen würde, mit denen das Vertrauen des Privatsektors gestärkt und seine Tätigkeit im Energiesektor ermöglicht würde.

→ Zur Behebung der chronischen Stromausfälle im Lande<sup>8</sup> hat die südafrikanische Regierung im Mai 2023 die Stilllegung von Kohlekraftwerken verschoben und damit einen Eckpfeiler des JETP verzögert.

**Übersicht A:**  
Verteilung des JETP-Finanzierungsangebots in Südafrika<sup>9</sup>

		Land/Entität (IPG-Finanzierungszusage)					
		Großbritannien (1,824 Milliarden Dollar)	Frankreich (1,0025 Milliarden Dollar)	Deutschland (0,968 Milliarden Dollar)	Europäische Union Europäische Investitionsbank (1,035 Milliarden Dollar)	USA (1,02015 Milliarden Dollar)	Klima- Investitionsfonds (ACT) (2,6 Milliarden Dollar)
Finanzierungsmittel	Darlehen/ Bürgschaften	\$1,3 Mrd.	\$1 Mrd.	\$770 Mio.	\$1 Mrd.	\$1 Mrd.	\$500 Mio.  (Geplant, um weitere 2,1 Mrd. \$ an Darlehen zu finanzieren)
	Zuschüsse & Technische Hilfe	\$24 Mio.	\$2,5 Mio.	\$198 Mio.	\$35 Mio.	\$20,15 Mio.	
	Andere	\$500 Mio. - Partnerschaften					
	Zusätzliche Finanzierung (außerhalb der Vereinbarung über 8,5 Mrd. \$)			€395 Mio. (Euro) für die Umsetzung des JETP	€200 Mio. (Euro) Darlehen für Onshore- Windkraft- und Solar- Photovoltaik-Projekte	\$45 Mio. konzessionäre Finanzierung durch Power Africa	
				€30 Mio. (Euro) für die Entwicklung von nachhaltigem Flugkraftstoff	\$1 Mrd. USD für einen gemeinsam von Dänemark, den Niederlanden und Südafrika aufgelegten grünen Wasserstofffonds	\$1,3 Mio. Zuschuss für technische Hilfe von der US-Handels- und Entwicklungsbehörde an Eskom	
				€ 5 Mio. (Euro) für eine grüne Wertschöpfungskette für Deponiegas (LFG)Gas			

# Kritik an den Just Energy Transition Partnerships

→ Die Regierung Südafrikas äußerte ihr Missfallen darüber, dass das IPG-Paket<sup>9</sup> überwiegend aus Krediten besteht, während die amtierende ANC-geführte Regierung von Meinungsverschiedenheiten über das JETP und die Rolle der Kohle in der südafrikanischen Wirtschaft geplagt wurde. So äußerte sich der Minister für Bodenschätze und Energie gegenüber dem deutschen Vizekanzler dahingehend, dass die Südafrikaner "nicht das Versuchskaninchen des Westens für die globale Energiewende sein wollen"<sup>10</sup>.

Julius Malema, Vorsitzender der drittgrößten Partei Südafrikas, der Economic Freedom Fighters (EFF), rief auf nationaler Ebene die Parteimitglieder auf, mit den Kohlegemeinschaften und den Arbeitern zusammenzuarbeiten, um den Widerstand gegen den JETP zu stärken.

→ Verschiedene Gewerkschaften, darunter die mächtige Metallarbeitergewerkschaft NUMSA (National Union of Metalworkers of South

Africa) und der mit der Regierung verbündete Gewerkschaftsbund COSATU (Congress of South African Trade Unions) haben das JETP ebenfalls kritisiert.

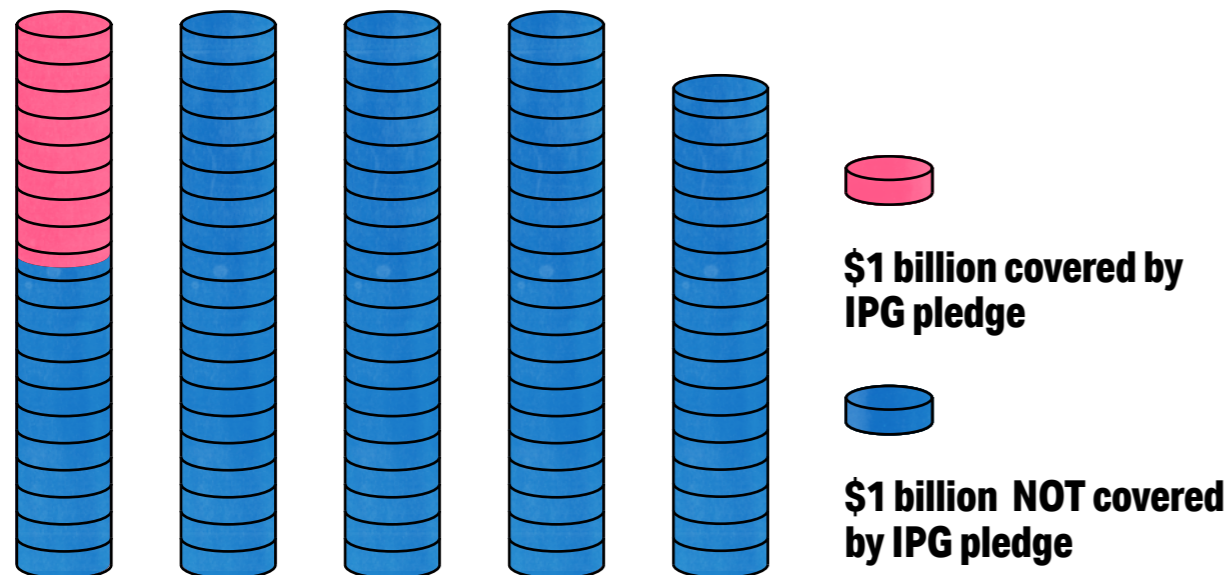
Im Mittelpunkt ihrer Kritik steht die mangelnde Transparenz der Partnerschaft, über deren Einzelheiten in erster Linie zwischen den Regierungsstellen und der IPG ohne nennenswerte Konsultation der organisierten Arbeitnehmerschaft verhandelt wurde.

Außerdem wächst die Befürchtung, dass die entlassenen Arbeitnehmer im Kohlebergbau nicht durch Arbeitsplätze im neuen "grünen Energiesektor" aufgefangen werden können. Verschärft wird dies durch die mangelnde Offenheit der Regierung, was NUMSA-Generalsekretär Irvin Jim dazu veranlasste, das JETP als "pervers" und als "Verstoß gegen die Grundsätze" von Just Transition zu verurteilen<sup>11</sup>.

→ Zudem stehen die Pläne, Eskom durch Entflechtung zu privatisieren und den privaten

## Abbildung 1:

Zusage der IPG im Vergleich zu den von der südafrikanischen Regierung geschätzten Gesamtkosten für den Übergang zu gerechter Energie (in Mrd. \$)



Energiesektor auszubauen, in der Kritik, da damit wichtige staatliche Aufgaben an den privaten Sektor übertragen werden und die Gefahr besteht, dass die Brennstoffsubventionen untergraben werden, die Energiekosten steigen und die Brennstoffarmut der ärmsten Südafrikaner zunimmt.

Vertreter der südafrikanischen Zivilgesellschaft haben die Eskom-Pläne als neoliberale Lösungen für die strukturelle Unterfinanzierung des Energieversorgers kritisiert, wohingegen ein Sprecher der NUMSA sie als "Zerstörung der Zukunft [von Eskom]" bezeichnete und argumentierte, dass "die südafrikanische Regierung aus dem Handbuch der Weltbank und anderer internationaler Finanzinstitutionen gelesen hat, die eine Agenda des Neoliberalismus und der Privatisierung verfolgen".<sup>12</sup>

→ Ungeachtet der Besonderheiten des südafrikanischen Hintergrunds wurde das JETP-Modell kritisiert, da es auf einem Modell der finanziellen Förderung, der Kreditvergabe und der Privatisierung beruht und im Wesentlichen ein markt- und finanzgesteuerter Ansatz ist, der die Bedürfnisse der Arbeitnehmer lediglich als Lippenbekenntnis betrachtet.

Mit der IPG-Finanzierung sind Bedingungen für die Umstrukturierung der Regierungspolitik verbunden, um eine stärkere private Beteiligung im Energiesektor zu ermöglichen und das Vertrauen des Marktes zu stärken.

Die von den Gastgebern geforderte Umstrukturierung ihres Energiesektors im Hinblick auf die Durchdringung des Privatsektors erinnert in beunruhigender Weise an die von der Weltbank und dem IWF betriebene Strukturanpassungspolitik, mit der die Länder des globalen Südens gezwungen werden, ihre staatlich gelenkten Volkswirtschaften zu liberalisieren und für das globalisierte Kapital zu öffnen, um Kredite zu erhalten.

→ 90 % der 8,5 Mrd. USD für Südafrika werden in Form von Darlehen gewährt, deren Finanzierung größtenteils über westliche Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen erfolgt, unter anderem über USAID, die US Development Finance Corporation, British International Investment und die französische AFD (Agence Française de Développement).

In Übereinstimmung mit der Betonung öffentlich-privater Partnerschaften, die für das JETP charakteristisch ist, zielen diese Entwicklungsagenturen ausdrücklich darauf ab, die Beteiligung des privaten Sektors an Entwicklungsprojekten zu fördern - wobei einige von ihnen aufgrund ihrer offenkundigen ideologischen Ausrichtung auf die Prinzipien der freien Marktwirtschaft kritisiert wurden.

→ Die JETPs verkörpern die Welt der internationalen Entwicklung, das internationale Finanzwesen und die Klimapolitik an einem historischen Wendepunkt, was sich auch in der scheinbar widersprüchlichen Mischung aus explizit klimazentrierten Forderungen und Aufrufen zu einem gerechten Übergang in den JETPs widerspiegelt, die vom Pariser Abkommen 2016 populärisiert wurden, neben den alten neoliberalen Orthodoxien der öffentlich-privaten Partnerschaft, der Energieliberalisierung und von der Privatwirtschaft geleiteten Ansätzen zur Entwicklung.

Darüber hinaus spiegeln die JETPs, wie Dr. Basani Baloyi und Jezri Krinsky vom südafrikanischen Institute for Economic Justice in ihrem Briefing-Papier zu Südafrikas gerechter Energiewende betonen, den sich abzeichnenden "Wall-Street-Konsens" wider, der "anerkennt, dass die Klimakrise die Stabilität des globalen Finanzsystems beeinträchtigt, aber eine Alternative zu einem interventionistischeren "grünen Entwicklungsstaat" sucht ... [und] nach Wegen sucht, die Klimakrise für profitable Möglichkeiten zu nutzen, von denen die Finanzmärkte und Finanzinstitutionen profitieren".<sup>13</sup>

## Gerechtere Rahmenbedingungen

- Entgegen der großspurigen Ankündigung vor knapp anderthalb Jahren haben die Just Energy Transition Partnerships ihr Versprechen nicht gehalten. Bei näherem Betrachten der Ideale hat sich gezeigt, dass sie für die Gastländer nachteilige und diskreditierte Entwicklungs- und Privatisierungsmodelle fördern.
- Transformative, radikale und zukunftsweisende Ansätze für einen gerechten Übergang/ eine gerechte Energiewende wurden in der südafrikanischen Zivilgesellschaft formuliert, wobei viele ihrer Grundsätze und Erkenntnisse zu Schlüsselfragen auch auf andere Kontexte übertragbar sind, wie z. B. der Just Transition Blueprint for Workers des Congress of South African Trade Unions, das South African Institute for Economic Justice und der Bericht Eskom Transformed der Eskom Research Reference Group<sup>16</sup>.

Da die JETPs jedoch vorrangig von den Interessen des Privatsektors und der

internationalen Finanzwelt geprägt und bestimmt werden, bleiben diese Alternativen zugunsten von "Business-as-usual"-Ansätzen auf der Strecke und werden in den Hintergrund gedrängt.

- Folglich ist das derzeitige Modell der JETPs völlig unhaltbar, und es bedarf eines neuen Ansatzes, um einen tatsächlich demokratischen gerechten Übergang zu unterstützen und gleichzeitig die Energiesouveränität in den Ländern des globalen Südens zu fördern.

Im Folgenden stellen wir daher neun Kernprinzipien für ein gerechteres Klimaentwicklungsmodell vor, das auf gerechte Energieübergänge ausgerichtet ist und sich an den Grundsätzen **Ein gerechter Deal für den globalen Süden, Ein demokratischer Übergang und Verteidigung der Energiesouveränität und Energiesicherheit orientiert.**



**1.**

## **Klimareparaturen, statt Klimaprofitmacherei**

Die Finanzierung einer gerechten Energiewende sollte nach Möglichkeit durch Zuschüsse und öffentliche Mittel im Rahmen von Klimareparaturen erfolgen. Jedwede Kredit- und/oder Privatfinanzierung sollte zu konzessionären Zinssätzen und mit langen Laufzeiten erfolgen. Der Erlass von Schulden und die Streichung von Schulden, die durch multilaterale und bilaterale Finanzinstitutionen/Vereinbarungen entstanden sind, sollten Vorrang haben.

Die Klima-Entwicklung ist entsprechend den Bedürfnissen/Prioritäten der Bevölkerung in den Gastländern zu bestimmen und nicht von den Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen zum Nutzen ihrer jeweiligen nationalen Industrien und Unternehmen zu definieren.

**2.**

## **Green SAPs stoppen: Schutz des öffentlichen Eigentums**

Man sollte die Länder des globalen Südens nicht als Versuchskaninchen für eine finanzgetriebene Entwicklung im Stil des Wall Street Consensus benutzen. Die Aufnahmeländer können nicht dazu gezwungen werden, Liberalisierungs- und Privatisierungsbedingungen im Stil der Strukturanpassung durchzusetzen.

Der Eckpfeiler einer gerechten Energiewende sollte die Energiesouveränität und Energiesicherheit der Aufnahmeländer sein, damit ihre Fähigkeit erhalten und gestärkt wird, auf klimabedingte Störungen und Krisen, von denen ihre Bevölkerung betroffen ist, zu reagieren, anstatt die Energie zwischen privaten Akteuren aufzuteilen.

Die Erhaltung und Demokratisierung von Energieversorgungsunternehmen und Sektoren für erneuerbare Energien sollte daher Vorrang vor gewinnorientierten privatisierten oder teilprivatisierten Modellen haben.

Die Bemühungen der Aufnahmeländer, alternative Entwicklungsmodelle voranzutreiben und ihre Ressourcensouveränität auszuüben, sollten respektiert werden, darunter auch die Verstaatlichung oder Exportkontrolle von Rohstoffen, die für die erneuerbaren Sektoren verwendet werden.

**3.**

## **Offene und transparente Ansätze für 'Just Transition' (Gerechter Übergang)**

Die Regierungen der Aufnahmestaaten sollten Pläne für die Integration von Arbeitskräften in die Sektoren der erneuerbaren Energien aufstellen und sich dazu verpflichten, anstatt dies der Industrie zu überlassen.

Außerdem sollten die Regierungen transparente Angaben zu den Arbeitskräften machen, die nicht übernommen werden können, und alternative Wege für die Ausbildung, Umschulung und den Wiedereinsatz von Arbeitnehmern außerhalb dieser Sektoren aufzeigen.

Die "Just Transition"-Aspekte der Übergangspläne sollten öffentlich finanziert werden.

**4.**

## **Gesicherte Beschäftigung nach dem Übergang**

Ein Mechanismus zur Arbeitsplatzgarantie sollte eingeführt werden. Nach der Umstellung sollte es qualitativ angemessene, gut geschützte und gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze geben, die von soliden staatlichen Mechanismen zur Überwachung und Durchsetzung von Arbeitsstandards in den neuen Sektoren für erneuerbare Energien überwacht werden.

Die vom Übergang weg von fossilen Brennstoffen betroffenen Gemeinden sollten ebenfalls geschützt und durch garantierte staatliche Sozialmaßnahmen unterstützt werden.

**5.**

## **Angemessene Beteiligung, keine Alibivertretung**

Im Sinne eines gerechten Übergangs sollten die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft zentral in die Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der Übergangspläne einbezogen werden und nicht nur symbolisch bei den Konsultationen vertreten sein.

**6.**

## **Unterbindung der Lobbyarbeit des privaten Sektors**

Protokolle und Berichte über Konsultationen von Interessengruppen für gerechte Energieübergänge, insbesondere mit Vertretern des Privatsektors, sollten öffentlich zugänglich gemacht werden. Interessenregister von Regierungsvertretern, die an der Entwicklung oder an Konsultationen zu Übergangsplänen beteiligt sind, sollten veröffentlicht werden.

**7.**

## **Bezahlbare Energie für alle**

Energie-Subventionen sind festzuschreiben, um zu gewährleisten, dass kein Teil der Bevölkerung vom Verbrauch erneuerbarer Energien ausgeschlossen oder preislich benachteiligt wird. Für unabhängige Stromerzeuger sollten lokale Gesetze gelten und reguliert werden, keine Sonderbehandlung gewährt werden, Verträge öffentlich gemacht werden und sie sollten sich verpflichten, auch für arme Gemeinden Energie zu subventionieren.

**8.**

## **Entwicklung ohne Abhängigkeiten**

Der Transfer von Technologien sollte den Gastländern zur Verfügung gestellt werden, wobei die Rechte an geistigem Eigentum gelockert werden sollten, um ein kollektives, gemeinschaftliches Vorgehen bei den Klimatechnologien zu ermöglichen.

**9.**

## **Kooperation statt Konkurrenz**

Geopolitische Rivalitäten haben weder Vorrang vor der Notwendigkeit einer echten internationalen Zusammenarbeit in Klimafragen, noch sollten gerechte Energieübergänge als Mechanismus benutzt werden, um sich die Duldung der südlichen Länder zu erkaufen.

Im Mittelpunkt künftiger gerechter Energieübergänge sollte das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung für das Klima stehen, anstatt die Verantwortung allein den Ländern des Südens zu übertragen.

# Endnotes



- 1 Gabor, D. (2021) The Wall Street Consensus. Development and Change, Bd. 52, S. 429-459. <https://doi.org/10.1111/dech.12645>
- 2 The Presidency, Republic of South Africa. (2022) South Africa's Just Energy Transition Investment Plan (JET IP) for the initial period 2023-2027. Zu finden unter: <https://www.thepresidency.gov.za/content/south-africa%27s-just-energy-transition-investment-plan-jet-ip-2023-2027>
- 3 Foreign, Commonwealth & Development Office (UK). (2022) Vietnam's Just Energy Transition Partnership: Political declaration. Zu finden unter: <https://www.gov.uk/government/publications/vietnams-just-energy-transition-partnership-political-declaration>
- 4 Cabinet Office (UK). (2022) Indonesia Just Energy Transition Partnership Launched at G20. Zu finden unter: <https://www.gov.uk/government/news/indonesia-just-energy-transition-partnership-launched-at-g20>
- 5 European Commission. (2023) The EU and the International Partners Group announced a Just Energy Transition Partnership with Senegal combining climate and development goals, European Commission. Zu finden unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_3448](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_3448)
- 6 Civillini, M. (2023) Europe's Green Hydrogen Rush in Africa Risks Energy 'cannibalisation', Climate Home News. Zu finden unter: <https://www.climatechangenews.com/2023/04/11/green-hydrogen-rush-risks-energy-cannibalisation-in-africa-analysts-say/>
- 7 Dlodla, S. (2023) Ramaphosa confirms SA will slow down its decommissioning of coal-fired power plants, Independent Online. Zu finden unter: <https://www.iol.co.za/business-report/economy/ramaphosa-confirms-sa-will-slow-down-its-decommissioning-of-coal-fired-power-plants-707ef406-d40b-4003-967e-50b2f725a336>
- 8 Daten entnommen aus: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_6664](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_6664)
- 9 Pilling, D., Cotterill, J. & Hodgson, C. (2022) South Africa warns \$8.5bn climate package risks fuelling debt burden, FT. Zu finden unter: <https://www.ft.com/content/e6653b1d-2302-4e44-81bb-38dc608d303d>
- 10 Sguazzin, A. & Burkhardt, P. (2023) Rich countries unsettled over future of \$8.5bn plan to make SA a global just transition model, News24. Zu finden unter: [https://www.news24.com/fin24/climate\\_future/energy/rich-countries-unsettled-over-future-of-85bn-plan-to-make-sa-a-global-just-transition-model-20230425](https://www.news24.com/fin24/climate_future/energy/rich-countries-unsettled-over-future-of-85bn-plan-to-make-sa-a-global-just-transition-model-20230425)
- 11 Jim, I. (2022) ANC govt must stop perverting words "just energy transition" – Irvin Jim. Politics Web. Zu finden unter: <https://www.politicsweb.co.za/politics/anc-govt-must-stop-perverting-just-energy-transiti>
- 12 Singh, T. (2022) "South Africa's 'Just' Transition climate deal with the west is a betrayal of the working class". Peoples Dispatch. Zu finden unter: <https://peoplesdispatch.org/2022/11/20/south-africas-just-transition-climate-deal-with-the-west-is-a-betrayal-of-the-working-class>
- 13 Baloyi, B. & Krinsky, J. (2022) A Framework for Understanding the Just Energy Transition Partnership on South Africa's Just Transition. Institute for Economic Justice. Zu finden unter: <https://www.iej.org.za/a-framework-for-understanding-the-jetp-on-south-africas-just-transition/>
- 14 Congress of South African Trade Unions. (2022) Just Transition Blueprint for Workers. COSATU. Zu finden unter: [mediadon.co.za/wp-content/uploads/2022/04/COSATU-Just-Transition-Blueprint-Full-version.pdf](https://mediadon.co.za/wp-content/uploads/2022/04/COSATU-Just-Transition-Blueprint-Full-version.pdf)
- 15 Baloyi, B. & Krinsky, J. (2022) A Framework for Understanding the Just Energy Transition Partnership on South Africa's Just Transition. Institute for Economic Justice. Zu finden unter: <https://www.iej.org.za/a-framework-for-understanding-the-jetp-on-south-africas-just-transition/>
- 16 Eskom Research Reference Group. (2020) Eskom Transformed Achieving A Just Energy Transition For South Africa. Alternative Information & Development Centre, Transnational Institute und Trade Unions for Energy Democracy. Zu finden unter: <https://aidc.org.za/wp-content/uploads/2020/07/Eskom-Transformed-Full-Report.pdf>



**Union of Justice ist eine europäische, unabhängige, people of colour (POC) geführte Organisation, die sich für Rassen- und Klimagerechtigkeit engagiert. Wir stärken die am stärksten Betroffenen mit Fähigkeiten und Kenntnissen um einen Unterschied zu erreichen. Zusätzlich, betreiben und fördern wir Forschung und stellen Kampagnen für ein faires, gerechtes und nachhaltiges Europa auf.**



**“Nichts über uns,  
ohne uns!”**

**Email:** [hi@unionofjustice.com](mailto:hi@unionofjustice.com)  
**Website:** [unionofjustice.com](http://unionofjustice.com)  
**Twitter/X:** [UnionOJ](https://twitter.com/UnionOJ)  
**Instagram:** [UnionOfJustice](https://www.instagram.com/UnionOfJustice)  
**LinkedIn:** [unionofjustice](https://www.linkedin.com/company/unionofjustice)

**Union of Justice,**  
7 Bell Yard,  
London,  
WC2A 2JR  
United Kingdom